Beschlussprotokoll vom 22.05.2025

Ausschuss „SOZIALES, BILDUNG, JUGEND, KULTUR, GESUNDHEIT, INNERES, SICHERHEIT“

(Beirat Neustadt)

als öffentliche Präsenzsitzung (Nr. 09/23-27) in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz,
Schulstraße 24, in der Zeit von 18:33 Uhr bis 20:22 Uhr

Anwesend: Jacqueline Brinkmann (DIE LINKE), i.V. Christian Kok (DIE LINKE; ab 18:36), Marlin Meier (B90/DIE GRÜNEN), Udo Schmitz (SPD)

Beratend: Anke Maurer (BSW), Britta Schmidt (FDP)

Fehlend: Anita Ipach, Lars Köke, Moritz Krönert (e), Colin Nolte (e), Kai Stührenberg (e), Martina Tallgauer-Bolte (e)

Referent:innen: Ruken Aytas (Gewitterziegen e.V.), Heike Dietzmann (KlimaWerkStadt Bremen), Helmut (Männerschuppen Bremen Neustadt), Joachim Schimanski (Männerschuppen Bremen Neustadt)

Gäste: Presse sowie interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Die Ortsamtsleitung (OAL) erläutert zu Beginn der Sitzung, dass die Beschlussfähigkeit noch nicht festgestellt werden könne, weshalb zunächst mit dem Vortrag zu TOP 4 „Vorstellung des Gewitterziegen e.V. & Einsatz von Mitteln der offenen Kinder- und Jugendarbeit“ begonnen werde. Hierzu berichtet Frau Aytas mündlich.

TOP 4. Vorstellung des Gewitterziegen e.V. & Einsatz von Mitteln der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Frau Aytas hat eine Präsentation vorbereitet, die im Anschluss an die Sitzung online auf der Website des Ortsamtes Neustadt/Woltmershausen eingesehen werden kann.

Der FA-Sprecher erkundigt sich, ob nach den bisherigen bürokratischen Hürden zwischenzeitig die Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ausgezahlt worden seien.

Frau Aytas bejaht die Frage und ergänzt, dass zunächst eine befristete Bewilligung bis 30.06.25 erfolgt sei. Sie warte nun auf die weitere Bewilligung ab 01.07.25.

Ein FA-Mitglied von BSW merkt an, dass sie die Begründung des Amtes für soziale Dienste zur Mittelkürzung für diese Einrichtung nicht nachvollziehen könne.

Frau Aytas erklärt, dass die Einrichtung derzeit nur bis 18:30 Uhr geöffnet sei, obwohl das OKJA-Rahmenkonzept Angebote bis 20:00 oder 21:00 Uhr vorsehe. Abends würde das Angebot von den Mädchen jedoch nicht mehr genutzt und lange Öffnungszeiten daher nicht notwendig sein. Dies sei ein Grund für die Kürzung gewesen. Zudem bestehe eine schulunterrichtsunabhängige Kooperation zur präventiven Arbeit mit Mädchen. Die Mädchen würden gezielt in die Einrichtung geholt, um frühzeitig unterstützt zu werden. Kooperationen mit Schulen würden ebenfalls nicht über die OKJA-Mittel gefördert werden. Die Finanzierung über OKJA sei eine Förderschiene der Einrichtung, andere Förderungen würden für andere Angebote greifen (z.B. Sprachkurse).

Ein Mitglied des Beirates im Publikum erkundigt sich nach der Zahl der erreichten Teilnehmerinnen und der Beteiligung an der Konzeption der Mädchenarbeit.

Frau Aytas erklärt, dass sie von Beginn an in die Gestaltung entsprechender Konzepte eingebunden gewesen sei. Ihre Arbeit orientiere sich stets an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil, mit besonderem Augenmerk auf gendersensible Ansätze. Zur Reichweite führt sie aus, dass Projekte in der Regel mit etwa 10 bis 12 Mädchen durchgeführt würden. Im offenen Bereich würden täglich zwischen 15 und 17 Mädchen erreicht. Dort gebe es kein festes Programm. Das Angebot sei niedrigschwellig und ermögliche es den Mädchen, zu spielen, sich auszutauschen und Freundschaften zu pflegen – begleitet durch aufmerksames Personal.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE fragt nach der Zielgruppe der Einrichtung.

Frau Aytas antwortet, dass die reguläre Zielgruppe Mädchen im Alter von 8 bis 18 Jahren umfasse, wobei das Durchschnittsalter variere. Bei internationalen Jugendbegegnungen seien die Teilnehmerinnen meist älter, ebenso bei Angeboten für geflüchtete Mädchen, die teilweise bis zu 25 Jahre alt seien. Gerade diese Gruppe habe oft keinen anderen Ort, an den sie sich wenden könne. Demnächst sei ein Gespräch mit der Arbeiterwohlfahrt geplant, um geflüchtete Mädchen aus Flüchtlingsunterkünften im gesamten Stadtgebiet besser zu erreichen. Unterstützungsangebote wie Deutschunterricht würden dabei nicht aus OKJA-Mitteln, sondern über Projektmittel finanziert. OKJA-Mittel würden ausschließlich im Stadtteil und in der Einrichtung eingesetzt werden, weitere Projekte müssten aus unterschiedlichen Fördertöpfen beantragt werden.

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

- **Wünsche und Anregungen der Bürger:innen**
 - Eine Bürgerin bittet um die Entfernung zweier Parkbänke an der Piepe (Rückseitig des Parkplatzes), da diese zunehmend von drogenkranken Menschen genutzt würden. Sie berichtet von Lärmbelästigung, Verschmutzung, Drogenkonsum, Diebstählen und Beeinträchtigungen ihres Wohn- und Geschäftsbetriebs. Als alternative Sitzmöglichkeiten verweist sie auf die nahegelegenen Sitzstufen an der Osterstraße. Auch beklagt sie die, durch die Innere Mission eingerichtete, Aufenthaltssituation für die alkohol- und drogenkranken Menschen hinter dem Kiosk / Altes Gleichrichterwerk und beschreibt eine seit Jahren zunehmende Belastung und Belästigung durch diese Menschen für die Kund:innen der nahegelegenen Bäckerei. Zwei Fachausschussmitglieder (FA-Mitglieder) von der SPD und FDP appellieren an die Bürgerin, jeden Vorfall an die Polizei zu melden. Auf Grundlage dieser Daten könne die Polizei an bestimmten Orten, wie auch der Piepe, erweiterte Befugnisse erwirken.
- **Berichte des Fachausschussprechers**
 - Der FA-Sprecher erwähnt, dass er das Thema der Kita-Versorgung habe ansprechen wollen, sich nun zurückhalten werde, da die [OAL hierzu bereits die neusten Entwicklungen berichten](#) könne.
- **Berichte des Ortsamtes**
 - Die OAL berichtet, dass das Ortsamt (OA) auf Wunsch des Beiratssprechers hin ein mahnendes Schreiben an die Behörde der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) gesendet habe, mit der dringenden Aufforderung zur transparenteren Kommunikation im Zusammenhang mit der Schulhofsanierung der Grundschule an der Oderstraße und der Bitte, einen aktuellen Sachstand und voraussichtlichen Zeitplan mitzuteilen. Hierauf habe das OA bisher keine Rückmeldung erhalten.

- Die OAL informiert über ein Bürgeranliegen mehrerer Kitas der bremischen evangelischen Kirche (BEK) vom 05.03.25, das finanzielle Kürzungen durch SKB zur Versorgung der Kinder bemängelt und anprangert, dass den Kindern dadurch keine gesunde Ernährung mehr angeboten werden könne. Daraufhin habe das OA sich bei SKB über den „Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ und den Umsetzungsstand dessen sowie die Einrichtung von Vollküchen in Bremischen Kindertagesstätten erkundigt. Durch SKB sei kein:e Referent:in entsandt, jedoch Stellungnahmen übermittelt worden. Daraus gehe hervor, dass keine Mittelkürzungen für die BEK erfolgt seien und alle Träger von Kitas gleich behandelt, also alle gleich viel Geld zur Verfügung gestellt bekommen würden. Die Entscheidung über die Küchenstruktur liege bei den Trägern selbst. Der Aktionsplan 2025 werde bislang nur bei Kita Bremen umgesetzt, da er ausschließlich Kita Bremen betreffe, und umfasst Bio-Lebensmittel, DGE-Standards, Fortbildungen und die Ernährungsbildung. Eine Ausweitung auf freie Träger sei bisher nicht erfolgt, werde aber fachlich unterstützt und hänge von dafür notwendigen, zusätzlichen Ressourcen ab. Die Stellungnahmen sind auf der [Website des OA](#) einsehbar.

TOP 3. Beschlussfassung zu: Gymnasiale Oberstufe an der Wilhelm-Kaisen-Oberschule

Zu diesem TOP hat die SPD einen BV eingereicht.

Ein FA-Mitglied der FDP betont, dass die gymnasiale Oberstufe an der Wilhelm-Kaisen-Oberschule (WKO) eine logische Konsequenz der Entwicklungen der letzten Jahre sei. Die Schülerzahlen und die Anwesenheiten seien kontinuierlich gestiegen. Es sei bekannt, dass eine gymnasiale Oberstufe dringend benötigt werde, insbesondere im Stadtteil Neustadt, wo der Bedarf weiterhin wachse.

Der FA-Sprecher ergänzt, dass der Fachausschuss (FA) SKB zur Sitzung eingeladen habe. Die Teilnahme sei jedoch mit der Begründung abgesagt worden, dass derzeit keine statistischen Zahlen zur Schulstandortplanung vorlägen. In der Antwort auf eine eingereichte Petition zu diesem Thema sei ausgeführt worden, dass die räumlichen Kapazitäten am betreffenden Standort nicht ausreichen würden, da dort eine Willkommenschule einziehen solle. Die Einrichtung einer solchen Schule werde ausdrücklich begrüßt. Es dürfe jedoch nicht dazu kommen, dass die Willkommenschule und die geplante gymnasiale Oberstufe in Konkurrenz zueinander stünden. Zudem werde der Wunsch nach einem offenen Dialog mit der senatorischen Behörde betont. Es wird darauf hingewiesen, dass am 27.06.25 eine Planungskonferenz zu Huckelriede stattfinde, bei der die weitere Entwicklung der WKO an mehreren Punkten thematisiert werde. Auch äußert er die Notwendigkeit der Einrichtung eines regelmäßig stattfindenden Runden Tisches unter Beteiligung der Schulleitung der WKO und Willkommenschule, Eltern- und Schüler:innenvertretungen, sowie weiteren Akteuren, zu diesem Thema und bittet das OA, diesen zu initiieren.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE betont die besondere Unterstützungswürdigkeit der Willkommenschule, die auch im Hinblick auf Inklusion ein positives Gesamtbild vermittele und die Vielfalt Bremens auch in der Schullandschaft widerspiegele. Der Erwerb des Abiturs müsse im Stadtteil besser ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang sei von Seiten der WKO mitgeteilt worden, dass nach Abschluss der derzeitigen Bauarbeiten voraussichtlich wieder Räumlichkeiten zur Verfügung stünden.

Ein im Publikum anwesendes Beiratsmitglied erinnert daran, dass die WKO stets im Sinne eines Bildungscampus gedacht gewesen sei. Seit über zehn Jahren werde bereits über die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe gesprochen. Die aktuell vorliegenden statistischen Zahlen interpretiere er anders als die Bildungsbehörde, da zahlreiche Bau- und Wohngebiete mit jungen Familien und Kindern neu entstünden und der Bedarf an einer gymnasialen Oberstufe daher seiner Ansicht nach eindeutig wachse. Man müsse sich gemeinsam für dieses Ziel einsetzen. Es sei notwendig, öffentlichen Druck aufzubauen, damit SKB entsprechend tätig werde.

Herr Haug, ein Vertreter der Schulleitung der WKO, berichtet, dass im Herbst der Erweiterungsbau bezogen werde. Der bisher genutzte große Mobil Bau werde dann vollständig von der Willkommensschule übernommen. Im Januar ziehe zudem die Grundschule in den Neubau um. Der Mobil Bau, der zweistöckig sei, sei aktuell noch nicht weiter verplant und könne kurzfristig zusätzliche Perspektiven für die Raumnutzung bieten. Laut Haug habe das beauftragte Architekturbüro bereits eine Fläche für die gymnasiale Oberstufe freigehalten, die ursprünglichen Planungen seien zudem mit SKB abgestimmt gewesen. Auch im Bereich der JOKES Circusschule gebe es eine Fläche, die infrastrukturell genutzt werden könne. Die Willkommensschule sei zunächst für fünf Jahre geplant, und Kinder, die sich dort gut entwickelten, könnten direkt auf dem Campus verbleiben. Haug äußerte sich zuversichtlich, dass es nicht an räumlichen Kapazitäten scheitern werde.

Eine anwesende Bürgerin äußert, dass nicht nur Lehrkräfte für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe eintreten dürften. Auch die Schüler:innen selbst wünschten sich diese Möglichkeit. Einige Schüler:innen sind anwesend und zeigen sich zu diesem TOP.

Ihrer Aussage nach gebe es auf dieser Weserseite bislang nur eine gymnasiale Oberstufe. Zahlreiche Schüler:innen wollten jedoch ihr Abitur machen und zugleich auf dieser Weserseite bleiben können.

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt und unterstützt die Forderung der Schulleitung, der Elternvertreter:innen und des Schulvereins Kaisen Campus an der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, alsbald eine gymnasiale Oberstufe einzurichten. Und fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die gymnasiale Oberstufe mittelfristig in die Schulstandortplanung aufzunehmen. (einstimmig)

Begründung: Die Wilhelm-Kaisen-Oberschule in Huckelriede ist seit Jahren ein zentraler Bestandteil des Bildungsangebots in der Region und hat sich durch innovative Lehrmethoden und ein engagiertes Kollegium einen herausragenden Ruf erarbeitet. Um die Bedürfnisse der Schüler:innen und ihrer Familien besser zu erfüllen sowie die regionale Bildungslandschaft zu stärken, ist die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an dieser Schule ein notwendiger und logischer Schritt.

Die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an der Wilhelm-Kaisen-Oberschule fördert die Bildungsgerechtigkeit in Huckelriede und den umliegenden Stadtteilen. Viele Schüler:innen wünschen sich, nach ihrem Abschluss an der Oberschule direkt vor Ort eine gymnasiale Oberstufe besuchen zu können, ohne auf andere Schulen ausweichen oder lange Anfahrtswege in Kauf nehmen zu müssen. Dies würde den Zugang zu höherer Bildung und damit auch zu breiteren beruflichen Perspektiven erheblich erleichtern. Durch die Erweiterung des Bildungsangebots steigt die Attraktivität der Wilhelm-Kaisen-Oberschule als Schulstandort. Dies kann dazu beitragen, die Schülerzahlen langfristig zu stabilisieren und möglicherweise zu erhöhen. Auch für die Lehrkräfte und das Kollegium bietet die Einrichtung einer Oberstufe neue Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven, was die Schule als Arbeitsplatz attraktiver macht. Ein nahtloser Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II an derselben Schule reduziert die organisatorische Belastung für Schüler:innen und ihre Familien. Gleichzeitig können die Schüler:innen mit vertrauten Lehrkräften und im gewohnten schulischen Umfeld ihre schulischen Laufbahnen fortsetzen, was nachweislich zu besseren Lernbedingungen und -erfolgen führt.

Die Demografie und der Bildungsbedarf der Region Huckelriede machen die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe notwendig. Der Stadtteil wächst und wird zunehmend von jungen Familien bewohnt, die hohe Erwartungen an die Bildungsinfrastruktur haben. Die Wilhelm-Kaisen-Oberschule kann durch die Einrichtung einer Oberstufe diesen Anforderungen gerecht werden und ihre Position als zentrale Bildungseinrichtung der Region festigen.

Die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Wilhelm-Kaisen-Oberschule ist eine Investition in die Zukunft der Schüler:innen, die Entwicklung des Stadtteils Huckelriede und die Stärkung des regionalen Bildungssystems. Sie verspricht bessere Bildungs- und Berufsperspektiven für die Schüler:innen, eine Attraktivitätssteigerung des Schulstandorts sowie eine nachhaltige Förderung der Bildungsgerechtigkeit. Es ist daher von zentraler Bedeutung, diesen Schritt so bald wie möglich umzusetzen.

TOP 4. Vorstellung des Gewitterziegen e.V. & Einsatz von Mitteln der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Dieser Vortrag wurde bereits zu [Beginn der Sitzung](#) als informierender TOP behandelt.

TOP 5. Machbarkeitsstudie zu Angeboten auf dem Lucie-Flechtmann-Platz

Frau Dietzmann berichtet über die Machbarkeitsstudie und die Situation auf dem Lucie-Flechtmann-Platz.

Sie dankt dem FA für die finanzielle Förderung des Beirates, durch die die Machbarkeitsstudie möglich geworden sei. In diesem Zusammenhang sei insbesondere der Kontakt zu Institutionen wie dem Künstler:innenhaus Bremen e.V., der Arbeitnehmerkammer und weiteren Akteuren wieder gestärkt und neu aufgenommen worden. Ziel sei es gewesen, den Platz wieder stärker in den Fokus zu rücken. Alle angefragten Partner:innen hätten sich offen gezeigt und Kooperationsideen eingebracht. Erste Veranstaltungen hätten bereits stattgefunden, was zur besseren Vernetzung im Stadtteil beigetragen und Kunst- und Kulturprojekte auf den Lucie-Flechtmann-Platz zurückgebracht habe. Auch Einrichtungen wie die Werkstatt Bremen und das Seniorenzentrum Hansa seien eingebunden worden, etwa durch gärtnerische Lernangebote. Das Geld sei ihrer Einschätzung nach gut investiert gewesen. Nun sei man optimistisch, das Projekt auf eigenen Beinen fortführen zu können.

TOP 6. Vorstellung des Mönnerschuppens Neustadt

Herr Schimanski und Helmut haben zu diesem TOP eine [Präsentation](#) vorbereitet und stellen das aus Australien stammende Konzept des „Mönnerschuppens“, das sich speziell an ältere Männer richtet und das soziale Miteinander über gemeinsame Aktivitäten fördert, vor.

Ein FA-Mitglied der FDP erkundigt sich nach der Zusammensetzung und dem Familienstand der Mitglieder des Mönnerschuppens.

Herr Schimanski gibt an, die Gruppe sei vielfältig und entwickle gemeinsame Interessen über den Alltag hinaus. Man wolle den Mönnerschuppen bekannter machen, stoße jedoch räumlich an Grenzen. Werbung im FA und Unterstützung bei der Raumsuche seien willkommen. Die Gruppe sei motiviert, sich auch aktiv einzubringen.

TOP 7. Globalmittel

a) Antrag von Zaida Abu-Sarah, Erneuerung der Elektrogeräte (Küche) in der Kindertageseinrichtung „Auenland“, Antragssumme: 2.600,00 € (Nr. 21/2025)

Die OAL teilt mit, dass zur Klärung möglicher Förderungsüberschneidungen eine Anfrage an SKB gestellt worden sei. Diese habe geantwortet, dass eine einmalige Zuwendung pro Betreuungsplatz für die Erstausstattung vorgesehen sei. Eine zusätzliche Förderung bestehender Tagespflegestellen sei nicht vorgesehen. Monatliche Sachkostenpauschalen könnten für laufende Instandhaltungen und Neuanschaffungen genutzt werden.

Frau Abu-Sarah ist persönlich anwesend und erläutert kurz ergänzend den Förderwunsch.

Der FA-Sprecher stellt infrage, ob die geltenden Förderrichtlinien eine Förderung durch Beirat und SKB zulassen würden und sehe sich in einer Zwickmühle.

Frau Abu-Sarah betont, dass im Alltag mit unter Dreijährigen vieles verschleisse und in der Kita nachhaltig gehandelt und vieles repariert werde. Ausgaben würden u. a. für Ausflüge und Bastelmaterial anfallen.

Die Einrichtungsleitung ergänzt, dass aus der Pauschale auch Miete, Versicherungen und gestiegene Energiekosten zu finanzieren seien, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt würden.

Beschluss: Der FA Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit, Inneres, Sicherheit des Beirates Neustadt beschließt die Förderung von Zaida Abu-Sarah zur Erneuerung der Elektrogeräte für die Küche der Kindertageseinrichtung „Auenland“ aus Globalmitteln i.H.v. 2.360,00 €. (einstimmig)

b) Antrag von Marion Arnicke, Street Art Wandbild, Antragsumme: 3.924,00 € (Nr. 19/2025)

Frau Arnicke ist persönlich anwesend und berichtet kurz über das geplante Projekt.

Beschluss: Der FA Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit, Inneres, Sicherheit des Beirates Neustadt beschließt die Förderung von Marion Arnicke zur Umsetzung des Projektes „Street Art Wandbild“ aus Globalmitteln i.H.v. 3.924,00 €. (einstimmig)

c) Antrag vom Arabischer Frauenbund e.V., „I REMEMBER – Keramik und Performance zum Erinnern“, Antragsumme: 3.000,00 € (Nr. 11/2025)

Beschluss: Der FA Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit, Inneres, Sicherheit des Beirates Neustadt beschließt die Förderung des Arabischer Frauenbund e.V. für die Durchführung des Projektes „I REMEMBER – Keramik und Performance zum Erinnern“ aus Globalmitteln i.H.v. 3.000,00 €. (einstimmig)

TOP 8. Verschiedenes

- ./.

Udo Schmitz
Ausschusssprecher

Uwe Martin
Vorsitz

Viktoria Hochlan
Protokoll